

# ISOR aktuell

Nr. 7 /2000 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Juli 2000

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

## Forderungen zum 2. AAÜG-Änderungsgesetz

Auf dem *Kongress für Rentengerechtigkeit und Alterssicherung*, der am 14. April 2000 in Berlin stattfand, wurde in einem der Beiträge über den Referentenentwurf des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes und die Teilnahme an einer Beratung dazu im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung am 11. April in Bonn informiert.

Die 800 Teilnehmer des Kongresses, die mehr als eine Million Mitglieder ihrer Verbände repräsentieren, bringen ihre große Enttäuschung über den Inhalt dieses Gesetzesentwurfes zum Ausdruck. Er steht in wesentlichen Aspekten im Widerspruch zu den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. 04. 1999 und nutzt nicht den vom höchsten Gericht eingeräumten Gestaltungsspielraum für den Gesetzgeber zu Gunsten der Betroffenen. Dieser Entwurf wird – sollte er Gesetzeskraft erlangen – keinesfalls zum Rechtsfrieden in Deutschland beitragen und

damit sein erklärtes Ziel verfehlen.

Die Kongressteilnehmer unterstützen den von Verbänden und Gewerkschaften bereits vielfach erhobenen Protest und fordern:

- Völlige Aufhebung der Begrenzung des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgeltes nach § 6 Abs. 2 und 3 des AAÜG zur Gewährleistung der Gleichbehandlung bei der Berechnung der gesetzlichen Rente und Nachzahlung der vorenthaltenen Rentenbeträge ab dem 1. Januar 1992;
- Dynamisierung der besitzgeschützten Zahlbeträge unter Anwendung der gesetzlichen Regelungen für Anpassungssätze und Anpassungstermine in den neuen Bundesländern sowie unter Berücksichtigung des für alle Rentner erfolgten Ausgleichs zum 31. Dezember 1991 für die Einführung der Beitragspflicht zur Krankenversicherung ab dem 1. Januar 1992;
- Durchführung der geforderten Neube-

rechnung der Bestandsrenten (Rentenbeginn bis zum 31. 12. 1991) auf der Grundlage des letzten 20-Jahreszeitraumes unter Beibehaltung der Berechnungsmethodik für Versorgungsberechtigte;

- Aufhebung der Befristung des Vertrauensschutzes bis zum 30. Juni 1995 für Angehörige der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme, mindestens aber Verlängerung des Termins bis zum 31. Dezember 1996;
- Gewährleistung der Ansprüche der Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post und des Gesundheitswesens, die sie als Versorgungsansprüche der DDR erworben haben sowie der Ansprüche entsprechend der Urteile des Bundessozialgerichts vom 10. 11. 1998 in der gesetzlichen Rentenversicherung;
- Abschaffung aller Formen des Rentenstrafrechts und dazu die ernsthafte Prüfung der von ISOR vorgelegten Vorschläge zur Regelung der Ansprüche der ehemaligen Mitarbeiter des MfS und des AfNS;
- rückwirkendes Inkrafttreten des Gesetzes auch für die Betroffenen mit bestandskräftigem Rentenbescheid bzw. Feststellungsbescheid;
- die Gleichstellung der Rentenwerte wie auch der Löhne und Gehälter Ost an West innerhalb kürzester Frist.

(aus GBM Informationen Nr. 6/2000)

## Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern

### Forum mit Sozialministerin

Mitglieder der TIG **Wolgast** kamen am 17. Juni zu einer interessanten Gesprächsrunde mit der Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Martina Bunge, zusammen. Frau Dr. Bunge umriss zunächst in knappen Worten den langwierigen Kampf um Rentengerechtigkeit und stellte fest, dass trotz der Entscheidungen des BVerfG bis heute noch keine befriedigende Lösung getroffen wurde.

So bedauerlich es ist, dass bis heute noch kein Gesetzentwurf vorliegt, so ist dieser Fakt grundsätzlich auch als ein Erfolg zu werten, denn, so führte sie aus, „was noch nicht verabschiedet ist, hat Chancen, weiter verbessert zu werden“.

Insofern haben die bisher von den Betroffenenverbänden massiert vorgebrachten Einwände Wirkung gezeigt.

Verstärkt sind wir jetzt gefragt, Erfolg und Wirkung auszubauen. Deshalb kann das Fazit nur lauten, mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern weiterhin im Gespräch zu bleiben bzw. ins Gespräch zu kommen und die Probleme sachlich darzulegen. Leider sind Abgeordnete und Regierungsver-

treter des Bundes und der Länder oftmals ungenügend informiert. So wurden von einigen die Urteile des BVerfG – sicher in politischer Absicht oder einfach aus Unwissenheit – falsch wiedergegeben oder interpretiert. Um so dringlicher ist es für uns, hier aufklärend zu wirken und die richtigen Argumente zu vermitteln.

Dies muss für alle TIG und im besonderen auch für die des Landes Mecklenburg-Vorpommern gelten. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung SPD-PDS und der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff muss jeder Abgeordnete beider Parteien dem in Kürze im Landtag vorliegenden Beschlussentwurf, mit dem sich das Land zur weiteren Herstellung von Rentengerechtigkeit positioniert, aus Überzeugung zustimmen. Für ein einheitliches Vorgehen zumindest der SPD-geführten Länder des Ostens im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens kann das sehr wichtig sein. *In dieser für uns entscheidenden Phase sind Aktivität und Handeln unsererseits verstärkt gefragt. Sie können diesen Prozess beeinflussen helfen.*

*Jede TIG ist gefordert! Kein Betroffener darf schweigen.*

Dr. Dietrich Richter

### Gespräche mit Landespolitikern

Im Bemühen, nicht nur Bundespolitiker mit den aktuellen Erfordernissen zur Überwindung jeglichen Rentenstrafrechts zu konfrontieren und auf die zeitgemäße Position zum Referentenentwurf des 2. AAÜG-ÄndG einzustellen, haben die 401 Mitglieder der TIG **Schwerin** dem Vorstand den Auftrag erteilt, Positionsgespräche mit den regierungstragenden Parteien im Landtag zu führen. So geschehen mit den Fraktionsvorsitzenden von PDS und SPD, Frau Grambkow und Herrn Schlotmann.

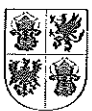
Freimütig und offen wurden die Standpunkte dargelegt. In beiden Fraktionen wird derzeit um einen tragfähigen Beschluss des Landtages gerungen, die Bundespolitik zu einer den sozialen Rechtsfrieden gebietenden Gesetzesinitiative aufzufordern. Leider opfern mehrere Landtagsabgeordnete, insbesondere der SPD, die Wertneutralität des Rentenrechts der politischen Abrechnung mit den sogenannten systemtragenden DDR-Bürgern.

Von beiden Gesprächspartnern wurde Bereitschaft zu weiteren Gesprächen bekundet.

Karl Bachmann



## Aus unseren TIG



Am 26. und am 27. Mai führte der Vorstand unserer TIG **Klingenthal/Auerbach/Reichenbach** außerordentliche Mitgliederversammlungen in Klingenthal und in Reichenbach durch, an welchen auch Vertreter der TIG **Plauen/Oelsnitz** anwesend waren.

In beiden gut besuchten Zusammenkünften referierte der Vorsitzende der ISOR e.V. Horst Parton ausführlich über die aktuelle Lage im Kampf um Rentengerechtigkeit und die sich ergebenden Aufgaben. Schwerpunkte bildeten dabei der vorliegende Entwurf zum 2. AAÜG-ÄndG, der Ausgang der Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof sowie der Stand der Umsetzung der Urteile des BVerfG vom 28. 04. 1999.

Die Ausführungen unseres Vorsitzenden fanden große Aufmerksamkeit sowie volle Unterstützung. In der Diskussion wurde mehrfach die Absicht zur weiteren aktiven Unterstützung der vom ISOR-Vorstand vorgesehenen Aufgaben zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechtes zum Ausdruck gebracht. Nachhaltig wurde die Notwendigkeit der weiteren Stärkung unseres Vereins und seines Erhaltes unterstützt.

**Harald Schindler**



Am 22. Mai hatten wir, die TIG **Wurzen**, die Radsportlegende und jetzigen Bundestagsabgeordneten Täve Schur sowie den Turn-Olympiasieger Klaus Köste zu Gast.

Zu dieser Veranstaltung hatten wir unsere Mitglieder sowie die Freunde der TIG **Eilenburg** und **Delitzsch** eingeladen. Auch viele Sympathisanten waren in die Gaststätte Sonnenblick gekommen. Täve Schur sprach über seine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter der PDS. Klaus Köste sprach unter anderem zu Rentenproblemen.

In Auswertung einer Beratung mit dem Mitglied des Beirates Wolfgang Henter möchten alle Mitglieder der TIG Wurzen versichern:

1. Die Mitglieder der TIG sind bereit, den Kampf mit aller Konsequenz gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht bis zur endgültigen Beseitigung fortzusetzen.
2. Die Mitglieder der TIG sind für das Weiterbestehen unserer Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte.
3. Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber den vielen Menschen, welche noch vom Rentenstrafrecht betroffen sind, bewusst.
4. Die Mitglieder der TIG Wurzen übermitteln dem Vorstand der ISOR e.V. in Berlin ihre

Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und ihre Mitgliedschaft fortzusetzen.

**Rudi Winkelmann**



In enger Zusammenarbeit mit den Gruppenkassierern hat der Vorstand der TIG **Magdeburg** im Mai für eine Petition 561 Unterschriften von ISOR-Mitgliedern und Sympathisanten, welche sich noch nicht persönlich an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gewandt hatten, gesammelt.

Die Petition hat die Bitte an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Inhalt, bei der Entscheidung zum 2. AAÜG-ÄndG für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS über die 1,0 EP hinaus eine günstigere Lösung zu finden.

**Fritz Dost**

### ISOR-Standpunkt bekräftigt

In einem Schreiben an den Bundeskanzler hat der ISOR-Vorstand den Standpunkt der Mitgliedschaft nochmals bekräftigt und ausführlich begründet. Zum wiederholten Male wird auf in der Vergangenheit unterbreitete Lösungsvorschläge hingewiesen und Gesprächsbereitschaft signalisiert. In Anbetracht der Tatsache, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages demnächst vor der Entscheidung stehen, mit einer – hoffentlich letztmaligen – Korrektur des AAÜG gerechte und verfassungsgemäße Regelungen zu treffen, hat sich der Vorstand mit inhaltsgleichen Schreiben auch an jeden Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt.

Über die Schreiben wurden alle TIG-Vorsitzenden mit der Information Nr. 5 informiert.

In **Frankfurt/Oder** führten die gemeinsam um Rentengerechtigkeit kämpfenden Verbände **GBM, BRH, GRH, Bundesgrenzschutzverband, DBwV** und **ISOR** eine Versammlung zur Auswertung des Kongresses für Rentengerechtigkeit durch, auf der die stellvertretende Vorsitzende der GBM, Frau Dr. Ursula Schönfelder, sprach.

Die Versammlung beschloss eine Willenserklärung, die allen Fraktionen des Bundestages zugestellt wurde.

In der **Willenserklärung** heißt es u. a.:  
 „... Wir protestieren gegen die fortdauernde Ungleichbehandlung der ostdeutschen Bürger und die damit verbundenen extremen sozialen Unterschiede im vereinigten Deutschland...“

Mit Sorge verfolgen wir die aus den Verhandlungen an die Öffentlichkeit dringenden Nachrichten. Für die gegenwärtige als auch für die künftige Rentnergeneration

werden schmerzliche Kürzungen der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung angekündigt...

Wir fordern mit Nachdruck die verfassungswidrigen Festlegungen im AAÜG zu beseitigen und unabhängig von einer Rechtskraft der Rentenbescheide, allen betroffenen Rentnern die vorenthaltenen Rentenansprüche nachzuzahlen. Gleichzeitig fordern wir im Sinne des von der SPD-Bundestagsfraktion im Mai vorgelegten Gesetzentwurfes, die wegen „Systemnähe“ noch bestehenden Einkommensgrenzen mit Inkrafttreten des oben genannten Rentengesetzes endgültig zu beseitigen...

Die Teilnehmer der Veranstaltung **Frankfurter Verbände** versichern, sie werden in solidarischer Eintracht ihre Aktivitäten für die Wiederherstellung der Wertneutralität des deutschen Rentenrechts und für die vollständige Beseitigung der darin noch enthaltenen grundgesetzwidrigen Strafelemente zielstrebig fortsetzen...



Am 22. Juni nahm Admiral a. D. Elmar Schmäling an einer Versammlung der TIG **Löbau** teil. Er referierte über die Fehlentwicklung der NATO und der Bundeswehr und begründete die Völkerrechtswidrigkeit des Krieges gegen Jugoslawien.

Herr Schmäling verurteilte den praktizierten Umgang mit den Unterlagen des MfS und die Stasi-Hysterie und setzte sich für die Abschaffung aller Geheimdienste ein, da diese Dienste ohne Ausnahme nur zum Schaden anderer tätig seien.

**Werner Triegel**



Der Vorstand unserer TIG **Wittenberg/Jessen** hatte am 20. Juni die Möglichkeit zu einer Gesprächsrunde im Bürgerbüro der PDS mit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Petra Bläss. Schwerpunkt unseres Gespräches waren Probleme noch bestehender Rentenungerechtigkeiten, besonders im Zusammenhang mit dem 2. AAÜG-ÄndG. Wir schilderten Frau Bläss unsere Aktivitäten im Zeitraum Februar bis Mai, in dem wir über 80 Briefe an die Politiker auf Bundes- und Landesebene richteten.

Frau Bläss bestärkte uns in der Auffassung, dass es notwendig und unerlässlich ist, unseren Unmut über die noch bestehenden Ungerechtigkeiten in der Rentenfrage weiterhin schriftlich zum Ausdruck zu bringen und sich dabei insbesondere an die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen im Bundestag zu wenden.

**Otto Müldner**

Sozialpolitische Sprecher im Bundestag sind:  
 SPD-Fraktion: Adolf Ostertag  
 Fraktion B90/Die Grünen: Margareta Wolf  
 CDU/CSU-Fraktion: Birgit Schnieder-Jastram  
 FDP-Fraktion: Dr. Irmgard Schwätzer  
 PDS-Fraktion: Dr. Ruth Fuchs  
 Alle: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Nach vorheriger Vereinbarung wurde das Abgeordnetenbüro der SPD-Bundestagsabgeordneten Frau Schumann in Dessau aufgesucht. Für die erkrankte Frau Schumann empfing uns ihr hiesiger Mitarbeiter.

Für unser Anliegen, die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts politisch und rechtlich zu erstreiten, zeigte er Verständnis und hielt es für gerechtfertigt. Wir machten deutlich, Nachzahlungen sollten auch diejenigen erhalten, die weder Widerspruch eingelegt noch geklagt hätten. Viele der Betroffenen hätten sich im Gesetzesdschungel nach der Wende nur unzureichend ausgekannt. Wir erinnerten in diesem Zusammenhang an den Gesetzentwurf der SPD von 1995 und an gegebene Wahlversprechen.

Uns wurde zugesagt, Frau Schumann zu informieren und auch die übergeordnete Leitung in Kenntnis zu setzen. Klaus Pries

★

Die TIG Greifswald hat sich am 30. 05. 2000 mit einer Protesterklärung zum Entwurf des 2. Gesetzes zur Änderung des AAÜG und zu den Ergebnissen der Anhörung von Vertretern der Rentnerverbände am 11. 04. 2000 an maßgebliche Politiker der Bundesrepublik Deutschland gewandt. In ihr wird die derzeitige Regierung ausdrücklich aufgefordert, aus dem Gesetzentwurf endlich alle Elemente des im AAÜG nach wie vor enthaltenen Rentenstrafrechts, insbesondere gegenüber den ehemaligen Angehörigen des MfS und höheren Funktionsträgern der DDR zu entfernen, um 10 Jahre nach der Einheit Deutschlands im Rentenrecht ein höheres Maß an Rechtsfrieden und innerer Einheit herzustellen.

In diesem Schreiben, das die Auffassung von 125 ISOR-Mitgliedern vertritt, wird u.a. darauf verwiesen, dass die Funktionsträger der DDR mit erheblichen Kürzungen ihrer rechtmäßig erworbenen Rentenbezüge bestraft werden. Dies könne nur als Ausdruck immer noch wirkender Rachegefühle gegenüber der DDR gewertet werden.

Schließlich betont die Protesterklärung die tiefe Enttäuschung vieler Mitglieder unserer TIG über die Politik der SPD, die ihr Wahlversprechen von 1998 – was damals auch einige unserer Freunde zum Votum für diese Partei veranlasste – schmachlich gebrochen hat, und die heute noch immer nicht bereit ist, einen politischen Schlussstrich unter das Rentenstrafrecht zu ziehen.

Diese Erklärung wurde u.a. an den Bundeskanzler der BRD, den Sozialminister, den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern sowie an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS im Deutschen Bundestag gerichtet.

Wir setzen den Kampf für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts unbeirrt fort. Dr. Walter Schelske

★

Seit April diesen Jahres liegt der Referentenentwurf zur Veränderung des AAÜG vor. Bezogen auf die ehemaligen MfS-Angehörigen sieht der Entwurf vor, die 1,0 EP zum Gesetz zu erheben. Am 13. Juni hat der Vorstand unserer TIG Gera mit allen Gruppenkassierern Bilanz gezogen – was haben wir erreicht und was bleibt zur Erhöhung der Aktivitäten zu tun.

Seit dem Vorliegen des Urteilspruchs des BVerfG und des Referentenentwurfs verschickten die Mitglieder 25 Protestschreiben an die verschiedensten Institutionen und Politiker. Die Diskussion der Gruppenkassierer verdeutlichte dem Vorstand: Dort, wo die individuelle Arbeit mit den Mitgliedern stimmt, geht es voran und wachsende Aktivitäten sind unübersehbar.

Die TIG Gera ist bereit, die geplante Aktion des ISOR-Vorstandes zu unterstützen.

Dr. Dieter Lehmann

★

Im ersten Halbjahr 2000 wurden in der TIG Pöbneck weitere Aktivitäten zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Rentenverbesserung entwickelt. Es wurden insgesamt 110 Petitionen und Schreiben an 29 Politiker in Ministerien, Fraktionen und Bundestagsabgeordnete des Landes geschickt.

In der letzten Leitungssitzung wurde festgelegt, zeitgemäße Petitionen und Schreiben zu entwickeln und die Aktion weiterzuführen.



(gefunden in:  
GBM Informationen  
Nr.5/2000)

Es wurden Hinweise gegeben, die Lesungen und die Beschlussfassung des Bundestages über den Sender „Phönix“ zu verfolgen.

Fritz Wächter

★

Die TIG Hildburghausen berichtete über ihre Aktivitäten im ersten Halbjahr:

In der TIG wurde ein Aufruf verfasst und an ehemalige NVA-, Polizei- und insbesondere MfS-Angehörige verteilt, um die Mitgliederstärke zu erhöhen.

Tilo Kummer, PDS-Landtagsabgeordneter, sprach in einer Mitgliederversammlung. Hier stand besonders die Frage: „Warum blockieren z. Zt. die Grünen durch ihr Verhalten den weiteren Fortgang der gesetzlichen Regelung?“ Zu einer Mitgliederversammlung im Herbst 2000 wurde das Mitglied des Bundestages Wieland Sorge, SPD, eingeladen. Gerade deshalb, weil er vor den letzten Bundestagswahlen zugesichert hatte, dass mit der Regierungsübernahme Rot/Grün die Fragen eindeutig geklärt würden. Er hat die Einladung abgelehnt (!). Er habe wenig Zeit, sei arbeitsmäßig z. Zt. zu stark belastet.

Horst Machan

## Alles klar!

Mein IM „Kleiner Dienstweg“ hatte Neues aus der Rot-Grünen-Koalition zum Stand der Diskussion um das Rentenunrecht für mich:

Würden die Entgeltbegrenzungen für die Täter aufgehoben, gerieten die Opfer ins Abseits. Weil ihnen wegen „politisch motivierter Eingriffe in ihr Berufsleben“ lediglich ein pauschaler Nachteilsausgleich gewährt würde. Die Funktionsträger, die Täter, bekämen durch die Rentenberechnung auf der Basis der Beitragsbemessungsgrenze erheblich höhere Leistungen.

Ich staune: Mir ist nicht bekannt, dass Funktionsträger (Täter) wie Ex-Bundeskanzler, Ministerpräsidenten, Verfassungsschützer, Staatsanwälte oder Richter Renten- pardon Pensionskürzungen hinnehmen müssten. Weder auf 0,7 noch auf einen Entgeltpunkt.

Bekannt ist mir aber, dass Bürger (Opfer), die „politisch motivierte Eingriffe in ihr Berufsleben“ hinnehmen mussten (hunderttausendfache politische Justiz in den 50er/60er Jahren; Tausende von Berufsverboten gegen Lehrer, Postler und andere Angehörige des Öffentlichen Dienstes in den 70er/80er Jahren) nicht einmal einen „pauschalen Nachteilsausgleich“ erhalten.

War das wirklich der richtige Sachverhalt, den mir mein „IM“ übermittelt hatte?

Am Reichstagspöftrner war kein Vorbeikommen. Aber er klärte mich auf: „Mensch, det jeht doch nich um det rechtstaatlich sanktionierte Unrecht in unserm alten Rechtsstaat. Det hat kürzlich unser aller Kanzler Schröder schon jesacht. Det jeht um det Unrecht von den unrechten Unrechtsstaat. Allet klar?!“ Alles klar!

F.N.

## Neuerscheinung auf dem Büchermarkt

### „Alice-Ost und Alice-West“ von Horst Joachimi

Es ist die Geschichte von zwei Schwestern, die getrennt bei verschiedenen Pflegeeltern aufwachsen und die Umsiedlung erleben. Die eine lebt fortan in Weimar und wird Facharbeiterin, die andere in Bayern und wird Bäuerin.

Schwerpunkt ist die Herausbildung und Wirkung einer sozialistischen Haltung bei Alice-Ost, die jedoch eine ganz individuelle Prägung besitzt. Eingebettet darin ist die Darstellung der Zusammenarbeit mit dem MfS. Das Buch vermittelt in diesen Passagen ein realistisches Bild sowohl des IM als auch der Mitarbeiter gegen die gesellschaftliche Verteufelung seit 1989.

Der Autor hat sich eine gewaltige Aufgabe und einer großen Herausforderung gestellt: auf 179 Seiten die Entwicklung und Wandlung des Bewußtseins und das Handeln von zwei Menschen als Teil ihrer Gesellschaft und als Individuum von den Wurzeln in den 30er Jahren bis zum Ende des 20. Jahrhunderts darzustellen. Hierin liegen sein Verdienst und das Wagnis, wie der Leser feststellen wird.

Erschienen bei: Frieling und Partner, Buchvertrieb, Hünefeldzeile 18, 12247 Berlin-Steglitz – 17,80 DM  
Bestell.-Nr.: ISBN 3-8280-1182-9

## Der Vorstand teilt mit

Das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg und Schippert hat am 03. 05. 2000 dem zuständigen Finanzamt

- den Jahresabschluss der ISOR e.V. für das Jahr 1999 sowie
- Steuererklärungen für Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer

übergeben. Die Steuererklärungen für Körperschafts- und Gewerbesteuer weisen eine Steuerschuld von 0,00 DM und die Umsatzsteuererklärung ein Guthaben von 15,6 TDM aus.

Das Finanzamt hat mit Bescheid vom 6. 6. 2000 die Richtigkeit der Umsatzsteuererklärung für 1999 bestätigt und zwischenzeitlich das Guthaben an die ISOR e.V. zurück überwiesen.

Der Vorstand bedankt sich bei den betreffenden Mitgliedern für ihre hohe Zahlungsbereitschaft zur Sicherung der Liquidität des kommerziellen Bereiches.

Mit der Information Nr. 4/2000 wurde den Vorständen der TIG der Jahresabschluss nach den einzelnen Einnahme- und Ausgabe-positionen sowie der Entwicklung des finanziellen Vermögens übergeben. Die Mitglieder können den Jahresabschluss bei ihren Vorständen einsehen.

★

Der Vorstand der ISOR e.V. beriet auf seiner Sitzung am 28. Juni den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum 2. AAÜG-ÄndG und nahm Informationen entgegen

- über den Arbeitskreis Freizeit und Reisen der GBM und
- zu Vorhaben des Aktionsbündnisses „Aufstehen für eine andere Politik“.

★

Weiterhin stand zum ersten Mal die *Vorbereitung der 2001 satzungsgemäß durchzuführenden Vertreterversammlung* auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung.

Obwohl noch ein Jahr Zeit ist, möchten wir mit dieser ersten Information alle Mitglieder und die TIG-Vorstände bereits jetzt auf folgende Probleme und Aufgaben aufmerksam machen:

1. Die Vertreter der TIG müssen neu gewählt werden. Ihre Anzahl ist in § 8 Abs. 4 der Satzung geregelt. Wir halten es durchaus für sinnvoll, diese Wahlversammlungen, wenn erforderlich, für Rechenschaftslegungen und Wahlen neuer Vorstände zu nutzen. Aus heutiger Sicht wäre es günstig, diese Versammlungen bis Ende April zu nutzen.
2. Die wichtigste Aufgabe der Vertreterversammlung ist die Wahl des Vorstandes sowie der Revisionskommission. Da bereits jetzt fest steht, dass fünf bisherige Vorstandsmitglieder aus gesundheitlichen und anderen überzeugenden Gründen nicht wieder kandidieren werden, sind die Mitglieder und die TIG aufgefordert, entsprechende Bewerbungen oder Vorschläge möglichst bald an die Geschäftsstelle zu übermitteln.
3. Mit der Wahl eines neuen Vorstandes endet nicht nur die Tätigkeit des alten sondern auch die des von ihm berufenen Beirates. Auch dafür bitten wir, Bewerbungen und Vorschläge schon möglichst bald an die Geschäftsstelle zu übersenden.
4. Eine Vertreterversammlung ist gem. Satzung das einzige Organ, welches über Satzungsänderungen befinden kann. Wenn also ein oder mehrere Mitglieder, TIG-Vorstände oder TIG-Versammlungen Vorschläge zur Änderung der Satzung haben, dann sendet sie mit Begründung ebenfalls an die Geschäftsstelle.



## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HEINZ ADAMSCHECK, Berlin-Mitte  
PAUL BLASZCZYK, Stralsund  
SIEGFRIED DEHNERT, Cottbus  
EBERHARD FELDT, Berlin-Prenzlauer Berg  
HARRY FISCHER, Hettstedt  
RUDOLF FISCHER, Berlin-Friedrichsfelde  
DR. CLAUD GROTE-LÜSCHEN, Eichwalde  
ERICH HAASE, Leipzig  
ALFRED HÖRHOLD, Halle  
ARIBERT KRAUSE, Görlitz  
MANFRED KRUPOP, Rudolstadt  
HANS LEUBE, Schkeuditz  
HERBERT MASCHKE, Berlin-Marzahn  
DIETER MELKERS, Großmutz  
DR. MED. HANS MEYER, Igersheim  
FRITZ NEUNDORF, Hildburghausen  
HORST RECK, Berlin-Weißensee  
HELMUT REINHARDT, Berlin-Lichtenberg  
JOHANN ROTHBAUER, Berlin-Hoh'schönh.  
ISOLDE SCHALLERT, Dresden  
KARIN SCHEDLO, Berlin-Hoh'schönhausen  
GÜNTER SCHMIDT, Rostock  
GERDA SCHMILAS, Magdeburg  
GERHARD SCHÖNE, Berlin-Hohenschönh.  
ROLF SCHRÖDER, Annaberg  
GÜNTER SCHUBERT, Dresden  
OTTO SCHWANIG, Cottbus  
HANS-JOACHIM STAHL, Trassenheide  
ELSE THIELE, Kummerdorf - Gut  
MANFRED TREBES, Rathenow  
HEINZ TRÖGER, Chemnitz  
ERWIN VÖLKE, Berlin-Friedrichsfelde  
HARRY WACHE, Berlin-Hoh'schönhausen  
KURT WALLERT, Fürstenberg  
REINHARD WALNOCH, Strausberg  
CLAUS WENDT, Meißen  
WERNER ZIEGER, Berlin-Hoh'schönhausen  
**Ehre ihrem Andenken.**

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.  
Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:  
Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin  
Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat  
29 78 43 16 - Geschäftsführer  
29 78 43 17 - AG Finanzen  
29 78 43 19 - „ISOR aktuell“  
- AG Öffentlichkeitsarbeit

Fax: (030) 29 78 43 16  
Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin  
e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de  
Sprechstunden: Dienstag 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Redaktionsschluss: 4. 7. 2000

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker  
o/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin